

Mitteilungen

FOLGE 240
APRIL 2019

WIDERSTAND UND VERFOLGUNG IN DER STEIERMARK

Heimo Halbrainer / Manfred Mugrauer

Eine neu erschienene Edition des DÖW dokumentiert den antifaschistischen Widerstand der ArbeiterInnenbewegung und den PartisanInnenkampf in der Steiermark.

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes begann im Jahr 1970 mit der systematischen Dokumentation von Widerstand und Verfolgung in Österreich im Zeitraum von 1934 bis 1945. Zu diesem Zweck wurde in Archiven im In- und Ausland umfangreiches Quellenmaterial erschlossen. Als erstes Ergebnis wurde 1975 die dreibändige Dokumentation *Widerstand und Verfolgung in Wien* veröffentlicht. Dieses Großprojekt wurde in den folgenden Jahren auf weitere Bundesländer ausgedehnt und es folgten weitere Editionen mit ausgewählten Dokumenten über das Burgenland (1979, ein Band), Oberösterreich (1982, zwei Bände), Tirol (1984, zwei Bände), Niederösterreich (1987, drei Bände) sowie Salzburg (1991, zwei Bände).

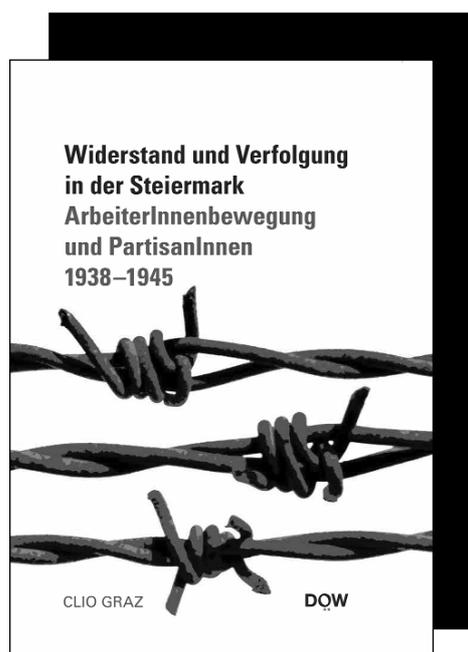
Als 14. Band dieser Reihe ist im März 2019 *Widerstand und Verfolgung in der Steiermark* mit dem Schwerpunkt ArbeiterInnenbewegung und PartisanInnenkampf erschienen. BearbeiterInnen des Bandes sind die DÖW-MitarbeiterInnen Elisabeth Holzinger und Manfred Mugrauer sowie der ehemalige wissenschaftliche Leiter des DÖW Wolfgang Neugebauer. Heimo Halbrainer, wissenschaftlicher Leiter von CLIO, des Vereins für Geschichte und Bildungsarbeit in Graz, ist der Autor einer historischen Einführung über den Widerstand der organisierten ArbeiterInnenbewegung sowie den PartisanInnenwiderstand in der Steiermark.

Ausgangspunkt und wichtigste Quellengrundlage sind die im DÖW gesammelten Materialien, u.a. die Akten der NS-Justiz (Einvernahmeprotokolle, Anklageschriften, Urteile) und die darin erhaltenen

Ermittlungsunterlagen der Gestapo. Darüber hinaus wurden für die Edition Dokumente aus zahlreichen Archiven im In- und Ausland herangezogen, etwa aus dem Österreichischen Staatsarchiv, dem Steiermärkischen Landesarchiv, dem Oberlandesgericht Wien, dem Zentralen Parteiarchiv der KPÖ, den National Archives in Kew (Großbritannien) oder dem Russischen Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI) in Moskau. Eine wesentliche Erweiterung der Quellenbasis gelang durch die Auswertung von Akten aus dem Bundesarchiv in Berlin. Die nunmehr der Forschung zugänglichen Verfahrensakten des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof (aus dem früheren „NS-Archiv“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und aus dem „Berlin

Document Center“) erlauben einen tieferen Einblick in den organisierten Widerstand in der Steiermark und dessen Verfolgung durch Gestapo und NS-Justiz.

Der vom DÖW herausgegebene Band über Widerstand und Verfolgung in der Steiermark umfasst zwei große Teilbereiche: zum einen den Widerstand der organisierten ArbeiterInnenbewegung, also jenen von sozialistischen und kommunistischen Widerstandsgruppen, zum anderen den bewaffneten Widerstand, also jenen von PartisanInnengruppen. Im Mittelpunkt stehen hier die bewaffneten Gruppen der „Österreichischen Freiheitsfront“, dann die österreichischen Freiheitsbataillone, die 1944/45 im Rahmen der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee im Einsatz waren und denen steirische Kämpfer



Dokumentationsarchiv des
österreichischen Widerstandes (Hrsg.)

**Widerstand und Verfolgung
in der Steiermark**

ArbeiterInnenbewegung und PartisanInnen
1938-1945

Mit einer Einführung von
Heimo Halbrainer

Bearbeitet von
Elisabeth Holzinger, Manfred Mugrauer
und Wolfgang Neugebauer

CLIO 2019, 760 Seiten, 150 Abb.
ISBN: 978-3-902542-61-6

25,- Euro

angehörten, sowie die Kampfeinsätze im Rahmen der alliierten Armeen.

Im Kontrast zu den bisher publizierten Bundesländereditionen wurde der Untersuchungszeitraum auf die NS-Herrschaft eingegrenzt. Die einzige Ausnahme ist ein Sonderfall des antifaschistischen Widerstands und Exils, nämlich die Rolle von Steirerinnen und Steirern im Spanischen Bürgerkrieg ab 1936. Ein dritter, kleinerer Teilbereich hat überparteiliche Widerstandsgruppen zum Gegenstand, die sich unter Einschluss von VertreterInnen der ArbeiterInnenbewegung formierten und im lokalen Rahmen agierten.

Sozialistischer Widerstand

Die zahlenmäßig größte Gruppe des antifaschistischen Widerstands in Österreich war die organisierte ArbeiterInnenbewegung. Die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung waren bereits seit 1933 bzw. seit dem Februar 1934 – nach dem Verbot durch die Regierung Dollfuß – illegal tätig. Bald nach den Februarkämpfen trat an die Stelle der großen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) eine neue – illegale – sozialistische Partei, die Revolutionären Sozialisten (RS). Ein nicht unbeträchtlicher Teil der ehemaligen Mitglieder der SDAP schloss sich der bereits seit Mai 1933 verbotenen Kommunistischen Partei an.

Gleich nach dem „Anschluss“ im März 1938 kam es zu ersten Festnahmen. Im Herbst 1938 und unmittelbar vor Beginn des Zweiten Weltkriegs kam es zu weiteren größeren Verhaftungsaktionen gegen bekannte FunktionärInnen der Revolutionären Sozialisten. In der Steiermark wurde etwa im März 1938 der ehemalige Parteisekretär der SDAP im Bezirk Bruck an der Mur Hermann Lackner, der bis 1934 Kommandant des Republikanischen Schutzbunds in Bruck an der Mur gewesen war, festgenommen und mit dem ersten Transport im April 1938 in das Konzentrationslager Dachau überstellt. Am 7. August 1938 wurde der Landesleiter der Revolutionären Sozialisten Steiermarks, Andreas Stampfer, im Zuge der Verhaftungswelle gegen Friederike Nödl, Wilhelmine Moik und andere FunktionärInnen der Sozialistischen Arbeiterhilfe festgenommen. Im ersten Volksgerichtsprozess gegen ÖsterreicherInnen wurde Stampfer am 10. Juni 1939 zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Exilleitung der RS trat indessen dafür ein, den organisierten Widerstand einzustellen. Unter diesen Rahmenbedingun-

gen – von der Aufforderung, jegliche politische bzw. aktionistische Tätigkeit zu beenden, über die Flucht führender AktivistInnen bis zu den Verhaftungen – war der Niedergang der Partei als Widerstandsorganisation besiegelt. Nicht wenige ehemalige Revolutionäre SozialistInnen schlossen sich darauf den Widerstandsgruppen der KPÖ bzw. deren Hilfsorganisation, der Roten Hilfe, an oder bildeten gemeinsam mit KommunistInnen Betriebszellen, wie etwa die vom Sozialisten Lorenz Poketz geleitete „Rote Gewerkschaft“. Diese von Poketz ab 1940 in mehreren Grazer Betrieben aufgebauten Zellen, die zunächst Geld für Familienangehörige von Verhafteten sammelten und im Frühjahr 1942 eigene Flugschrif-

ten herausgaben, wurden im Sommer 1942 aufgerollt.

Ein tragisches Ende nahm auch die Grazer Widerstandsgruppe um den ehemaligen sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretär Fritz Matzner, der im August 1944 zu den jugoslawischen Partisanen geflohen war und dort ab Oktober 1944 der Leitung der von Kommunisten initiierten „Österreichischen Freiheitsfront – Landeskomitee für Kärnten und Steiermark“ angehörte. Aus Črna knüpfte er Kontakte nach Graz zu seinen sozialistischen GenossInnen, u.a. zu seiner Lebensgefährtin Julia Pongracic. Im Februar und März 1945 wurden zahlreiche Männer und Frauen aus dem Umfeld dieser Gruppe festgenommen. Sechs von ihnen wurden



Lorenz Poketz

Der ehemalige Gewerkschafts- und Arbeiterkammersekretär Lorenz Poketz begann 1940 gemeinsam mit anderen mit dem Aufbau einer Organisation, die sich „Rote Gewerkschaft“ nannte. Die Organisation wurde in mehreren Grazer Betrieben aktiv und begriff sich als Teil der reorganisierten KPÖ. Die „Rote Gewerkschaft“ gab die Flugschrift „Der Rote Sturm“ heraus und unterstützte die Angehörigen von Verhafteten durch Geldsammlungen. Poketz wurde am 13. August 1942 verhaftet. Die darauffolgende Verhaftungswelle erfasste 250 Personen. 22 führende Funktionäre und Zellenleiter der Organisation wurden zum Tode verurteilt und 20 in Wien bzw. Graz hingerichtet.

Slg. Heimo Halbrainer



Julia Pongracic

Julia Pongracic absolvierte ein Studium der Rechtswissenschaft und war ab 1938 Angestellte der Reichsstatthalterei in Graz. Die Juristin war Mitglied einer Widerstandsgruppe um den späteren ÖGB-Landesvorsitzenden und Landeshauptmannstellvertreter Fritz Matzner. Am 3. März 1945 festgenommen, wurde sie angesichts des Vorrückens der Roten Armee am 3. April 1945 von der Gestapo abgeholt und ohne Gerichtsverhandlung in der SS-Kaserne Wetzelsdorf erschossen.

Neue Steirische Zeitung

am 3. April 1945 von der Gestapo in die SS-Kaserne nach Wetzelsdorf gebracht und dort ermordet.

Kommunistischer Widerstand

Die KPÖ verfolgte bereits vor 1938 das Konzept einer Volksfront aller antifaschistischen Kräfte, in der katholische Arbeiter und Bauern mit einer geeinten Arbeiterschaft gegen den drohenden Nationalsozialismus kämpfen sollten. Ende August 1937 wurde bei der „Reichskonferenz“ der KPÖ in Prag die von Alfred Klahr ausgearbeitete Konzeption beschlossen, wonach Österreich eine von Deutschland verschiedene Nation ist und daher der Unabhängigkeitskampf gegen Hitler als nationaler Freiheitskampf zu führen sei. Daran anknüpfend wurde unmittelbar nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Kurt Schuschnigg noch am 12. März 1938 mit dem Aufruf „Volk von Österreich! An alle Völker Europas und der Welt!“ zum aktiven Widerstand für die Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit aufgerufen.

Diesem Aufruf entsprechend leistete die KPÖ ab Frühjahr 1938 einen zentral organisierten Widerstand, wobei in der Steiermark teilweise zwei geographisch getrennte Leitungen – eine für Graz, die Süd-, West- und Oststeiermark und eine für die Obersteiermark – existierten. Zu den Widerstandshandlungen der KPÖ und des Kommunistischen Jugendverbands (KJV) gehörten neben den nach „innen“ gerichteten Aktivitäten (Aufrechterhaltung einer illegalen Parteistruktur, politische Schulungen, Solidaritätsaktionen im Rahmen der Roten Hilfe u. a. m.) die nach „außen“ gerichteten Aktionen, die zu einer Mobilisierung gegen den Nationalsozialismus führen sollten und zu denen neben Sabotage, Anschlägen (ab Sommer 1941) und PartisanInnenaktivitäten (ab Herbst 1943) vor allem die Durchbrechung des nationalsozialistischen Meinungsmonopols gehörte. Zu diesem Zweck verteilten Widerstandszellen der KPÖ eine Reihe von selbst verfassten politischen Flugschriften und aus dem Ausland ins Inland geschmuggelte illegale Zeitungen und Zeitschriften.

Bald nach dem „Anschluss“ wurden der Grazer Kesselschmied August Pirker und der Schneidergehilfe Ernst Mlakar von der zentralen Leitung der Partei in Wien beauftragt, die KPÖ und den KJV in Graz und Umgebung, wozu damals auch die gesamte Ost-, Süd- und Teile der Weststeiermark gehörten, wieder aufzubauen. Pirker

begann rasch mit der Umstrukturierung der Partei und dem Neuaufbau von Betriebszellen in Graz und der Weststeiermark, u. a. im wichtigsten Rüstungsbetrieb von Graz, dem Steyr-Daimler-Puch-Werk. Der Gestapo gelang es jedoch, in das Grazer Widerstandsnetz der KPÖ und des KJV einzudringen, worauf mehr als 40 Personen festgenommen wurden. Pirker wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1943 zum Strafbataillon 999 eingezogen und nach Griechenland geschickt, wo er am 14. September 1944 zu den griechischen Partisanen der ELAS überlief und in deren Reihen kämpfte.

Auch in den Industriegebieten der Obersteiermark kam es bereits wenige Wochen nach dem „Anschluss“ am 12. März 1938 zu einem Neuaufbau der Zellen des KJV und der KPÖ. Von der KJV-Leitung in Wien wurde Friedrich Pietzka beauftragt, die alten Kontakte zu den Zellen entlang des Mur- und Mürztals wieder herzustellen. Dank eines V-Mannes war die Gestapo über die Aktivitäten in der Obersteiermark bestens informiert und verhaftete 43 Personen. Pietzka wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und zur Deutschen Wehrmacht eingezogen, von wo aus er 1943 zu den weißrussischen Partisanen überlief.

In Kapfenberg existierten seit 1939 zwei kommunistische Gruppen, eine um Anton Buchalka und eine um Desideria Breitler. Buchalka bemühte sich um den Aufbau von Widerstandszellen im Mürztal und um eine Verbindung nach Leoben. Zwischen Oktober und Dezember 1939 produzierte er vier Flugschriften, die auch im Kreis Leoben verteilt wurden, bis er im Jänner 1940 verhaftet wurde. Bis Oktober 1940 wurden rund 250 Personen zwischen Leoben und Mürzzuschlag festgenommen und angeklagt. Während Buchalka zum Tode verurteilt und am 10. Juli 1941 in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde, erhielten die Mitangeklagten teilweise lange Zuchthausstrafen.

Die KPÖ-Zellen im Kreis Leoben und Judenburg standen mit einer Gruppe in Kontakt, die 1940 auf britische Initiative hin über slowenische Aktivisten NS-Gegner in Kärnten und der Steiermark suchte, die bereit wären, Anschläge auf die kriegswichtige Infrastruktur im Deutschen Reich zu verüben. Im April 1940 besorgte sich der Judenburger Kommunist Engelbert Glitzner Sprengstoff und verübte zwischen 15. und 19. April drei Anschläge auf die Bahnanlagen bei Judenburg. Der Gestapo gelang es nach einem Hinweis aus der Bevölkerung rasch, Glitzner als Täter auszuforschen. In der Folge wurden

zahlreiche Personen im Kreis Judenburg, in Kärnten und Slowenien festgenommen und 37 Personen dem Reichskriegsgericht in Berlin übergeben. Sechs Angeklagte wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

In Graz sowie in zahlreichen steirischen Industrieorten existierten nach der Zerschlagung der ersten Leitungen weiterhin kommunistische Zellen, die vor allem Geld für die Familien der Inhaftierten sammelten. Kontakte zu zentralen Leitungen in Wien bzw. zur im Ausland befindlichen Parteiführung gab es nach den Verhaftungswellen keine mehr. Um die Verbindungen zwischen den im Land aktiven Gruppen und der Auslandsleitung wieder herzustellen, wurden Kurierere nach Österreich geschickt, etwa der Grazer Architekt Herbert Eichholzer aus Istanbul. Dieser traf in Graz den Schauspieler und Regisseur Karl Drews, der gemeinsam mit Franz Weiß, Josef Neuhold und Anton Kröpfl begonnen hatte, eine neue Landesleitung der KPÖ aufzubauen. Die Gruppe verbreitete mehrere Flugschriften, darunter auch ein Flugblatt über die NS-„Euthanasie“. Durch den Gestapo-Konfidenten Kurt Koppel verraten, flog Ende Jänner 1941 das komplette Widerstandsnetz der KPÖ von Wien bis in die Steiermark auf. Da es der Gruppe um Drews in den Monaten zuvor gelungen war, zahlreiche Kontakte zu kommunistischen Zellen zu knüpfen, waren die Folgen verheerend. In Graz, den Grazer Umlandgemeinden Frohnleiten und Übelbach, in Fohnsdorf und den weststeirischen Industrieorten wurden im Frühjahr 1941 einige Hundert Personen verhaftet, von denen mehr als 20 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.

Parallel zu den Aktivitäten der KPÖ trat ab Herbst 1940 in Graz eine vom 21-jährigen Schriftsteller und Lehrer Richard Zach geleitete Gruppe von jugendlichen Kommunisten unabhängig vom KJV mit Flugschriften an die Öffentlichkeit. Die Gestapo kam auch dieser Gruppe auf die Spur. Zach wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet, andere Mitglieder der Gruppe zu hohen Kerkerstrafen verurteilt.

Neben den zentral organisierten Widerstandsgruppen gab es in fast allen großen Betrieben der Steiermark sogenannte „Betriebszellen“. Zumeist von KommunistInnen initiiert und geleitet, wahrten diese Zellen den gesinnungsmäßigen Zusammenhalt und übten Solidarität mit den Familien von inhaftierten, verfolgten und ermordeten ArbeitskollegInnen, indem sie Geld für die Rote Hilfe sammelten. Diese Hilfe wurde von den nationalsozialisti-

schen Gerichten, obwohl sie primär aus solidarischen Gründen erfolgte, zumeist als Beitragsleistung für eine verbotene Partei ausgelegt, weshalb es – vor allem nach dem Kriegsbeginn gegen die Sowjetunion – zu drakonischen Strafen selbst für geringe Spendenleistungen kam.

Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 verübte eine vom Donawitzer Bahnwart Richard Götzinger organisierte kommunistische Betriebszelle Sabotageakte an Bahnhöfen in der Steiermark. Auch Bergmänner aus Vordernberg und Eisenerz begannen 1941 mit Sabotageaktionen. Der Gestapo gelang es jedoch rasch, die Zellen bei der Reichsbahn zwischen Bruck an der Mur, Leoben und Knittelfeld sowie jene am Erzberg zu zerschlagen und über 130 Mitglieder festzunehmen.

Anfang des Jahres 1942 begann der in St. Oswald bei Graz stationierte und aus dem obersteirischen Thörl stammende Gendarmerie-Hauptwachtmeister Franz Hiebler eine neue Landesleitung der Kommunistischen Partei für die Steiermark aufzubauen. Er knüpfte Kontakte zu kommunistischen Zellen in Bruck an der Mur, Judenburg, Weiz und Graz. Neben Geldsammlungen im Rahmen der Roten Hilfe verfasste Hiebler mehrere Flugblätter, die an die Bauern und Arbeiter der Steiermark gerichtet waren. Bereits An-

fang August 1942 gelang es der Gestapo, diese Organisation zu zerschlagen, da mit Karl Prazak ein eingeschleuster Spitzel in der Leitung saß. Der Volksgerichtshof verurteilte im April 1943 mehrere führende Funktionäre zum Tode, die in Wien und Graz hingerichtet wurden.

Danach konnte ein zentraler, von Graz bzw. der Obersteiermark aus operierender Widerstand nicht mehr reorganisiert werden. In der Folge galt die Parole „Du bist die Partei“. Kleine, unabhängig voneinander operierende Zellen in den obersteirischen Städten Kapfenberg, Bruck an der Mur, Mürzzuschlag, Judenburg, Fohnsdorf, Knittelfeld, Leoben, Trofaiach, Eisenerz sowie Graz und den ost- und weststeirischen Bezirkshauptstädten – vielfach Rote Hilfe-Zellen – prägten neben der „Österreichischen Freiheitsfront“ für die letzten beiden Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft das Bild des kommunistischen Widerstands.

PartisanInnengruppen

Zu einem Wendepunkt für den kommunistischen Widerstand in der Steiermark kam es im Herbst 1943 mit der Gründung der „Österreichischen Freiheitsfront“ (ÖFF). In Leoben sammelten sich Kommunisten, die bislang im Widerstand nicht ak-

tiv geworden waren, um den Schlosser Sepp Filz, den Uhrmacher Ferdinand Andrejowitsch, den Kriegsversehrten Max Muchitsch, den gerade aus der Haft entlassenen KJV-Funktionär Anton Wagner und den ehemaligen Gewerkschaftssekretär Simon Trevisani und schritten an den Aufbau einer organisatorischen Basis für einen Partisanenkampf in den obersteirischen Bergen. Neben der Schaffung einer sogenannten Bodenorganisation, die sie mit Lebensmitteln versorgte und ihnen Quartier gab, gelang es ihnen, verschiedene öffentliche Stellen (Gemeindeämter, Eisenbahn, Telegrafenamts, Bezirksbehörden usw.), aber auch das örtliche Militärkommando zu infiltrieren. Ab Mai 1944 verübten die ÖFF-Gruppen in der Obersteiermark Anschläge auf Militärtransporte. Gleichzeitig verbreiteten sie Flugblätter und das Programm der ÖFF. In Judenburg begannen Bruno Rauch und Johann Schleich ebenfalls mit dem Aufbau einer Partisanengruppe, die mit der Leobener Gruppe in enger Verbindung stand. Noch bevor diese Gruppe mit ersten Aktionen in Erscheinung treten konnte, wurde sie jedoch Ende April 1944 durch einen Spitzel verraten.

Die militanten Anschläge der ÖFF auf Eisenbahnanlagen in Kapfenberg, Leoben und St. Michael sowie die Überfälle auf lokale Nationalsozialisten führten zu massiven Verfolgungsmaßnahmen seitens der Gestapo. Ab August 1944 wurde fast das gesamte UnterstützerInnennetzwerk der Partisanen aufgedeckt. Mehrere Hundert Personen wurden verhaftet und zum Teil in Konzentrationslager überstellt. Die von den Verfolgungen und Verhaftungen verschont gebliebenen Partisanen mussten untertauchen und knüpften erst wieder im Frühjahr 1945 neue Verbindungen zu Oppositionellen aller politischen Lager. Am 8. Mai 1945 übernahmen die Partisanen der ÖFF in Leoben, Eisenerz, Radmer und Hieflau die Macht.

Ende Mai 1944 wurde eine aus nur 24 Personen bestehende Gruppe aus Moskau kommend mit Flugzeugen in das befreite Partisanengebiet um Črnomelj in Slowenien ausgeflogen. Diese Gruppe, die sich ursprünglich „Kampfgruppe Avantgarde“ und ab September 1944 „Österreichische Freiheitsfront – Kampfgruppe Steiermark“ nannte und die unter dem Namen „Koralmpartisanen“ in die Literatur eingegangen ist, bestand zunächst aus zwei Spaniern, zwei Italienern, drei Russen und 17 österreichischen kommunistischen Emigranten, die 1934 in die Sowjetunion gegangen waren und später in Spanien aufseiten der Republik gekämpft hatten.

Kampfgruppe Steiermark

Ab 1941/42 standen die Etablierung einer „Österreichischen Freiheitsfront“ (ÖFF) und ab 1943/44 Aufforderungen zum „Volkskrieg“, zur Bildung von Kampfgruppen und zum PartisanInnenkampf im Mittelpunkt der KPÖ-Propaganda. Erste Erfolge bei der Bildung von bewaffneten Kampfgruppen wurden ab Herbst 1943 mit der Partisanengruppe Leoben-Donawitz erzielt. Ab August 1944 wurde mit zunächst 24 Männern die „Kampfgruppe Steiermark“ im Bereich der Sau- und Koralpe aktiv. Im Bild ein von der Kampfgruppe im Mai 1945 im Zuge der Besetzung von Schwanberg erbeuteter Panzerspähwagen mit rot-weiß-roter Fahne.

DÖW



Ziel und Aufgabe der Gruppe war es, Kontakte zu kommunistischen Organisationen zu suchen, Aufklärungsarbeit zu betreiben, Sabotageaktionen im Hinterland durchzuführen und eine „bewaffnete Volkserhebung“ zu initiieren.

In den letzten Kriegswochen gelang es der „Kampfgruppe Steiermark“, neue Mitglieder zu rekrutieren, wobei es vor allem Deserteure, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter waren, die sich ihr nun anschlossen. Letztendlich sollten rund 500 Mann in einer österreichischen, sowjetischen und national gemischten Einheit organisiert gewesen sein. Diese drangen in die Gemeinden Vordersdorf bzw. Wernersdorf vor und entwaffneten dort stationierte Einheiten der ukrainischen Waffen-SS und der ungarischen Honvéd-Einheiten. In der Nacht auf den 8. Mai 1945 besetzten sie kampfflos Schwanberg und in der Folge auch die Bezirkshauptstadt Deutschlandsberg, wo sie die wichtigsten Gebäude sicherten, Waffen und Transportmittel requirierten und die Zufahrtswege gegen zurückziehende Soldaten abschirmten.

Darüber hinaus agierte im Umfeld der Koralmpartisanen eine Organisation, die als „Bataillon Kornriegl“ bezeichnet wurde und die zu einer Einheit der im Gebiet des Radlpasses operierenden slowenischen Partisanen gehörte. Ebenfalls mehrheitlich von Deserteuren der Wehrmacht und des Volkssturms getragen war eine in der Umgebung von Hartberg Mitte März und Anfang April 1945 agierende Widerstandsgruppe. Ihr Kopf war der aus Pongratzen stammende Landarbeiter Gustav Pfeiler, der im September 1944 in Frankreich desertiert war. Um ihn scharten sich ab Herbst 1944 rund 40 Deserteure, die durch die Hilfe eines Gendarmeriebeamten an Waffen des Volkssturms gelangt waren und Mitte März 1945 den bewaffneten Kampf aufnahmen.

Nachdem der aus dem Salzkammergut stammende Spanienkämpfer Sepp Plieseis im August 1943 aus dem Außenlager des KZ Dachau in Hallein geflohen war und sich in Bad Ischl mit kommunistischen Parteigenossen getroffen hatte, wurde bald danach von diesen beschlossen, eine neue Organisation, die Gruppe „Willy“ aufzubauen, die das gesamte Salzkammergut – das steirische Ausseer Gebiet gehörte während der NS-Zeit zum Reichsgau Oberdonau – umfassen sollte. Die Gruppe der illegal in den Bergen Lebenden wuchs im Laufe der Zeit auf bis zu 40 Männer an, die vielfach von Verwandten und FreundInnen unterstützt wurden. Aktiv wurde der Widerstand im Salzkammergut erst in den letzten Wochen der NS-Herrschaft, als



Österreichische Freiheitsbataillone

Am 24. November 1944 wurde in Tribuče, einem Dorf im slowenischen PartisanInnengebiet, das 1. Österreichische Freiheitsbataillon gegründet. Bereits im Juli 1944 war das Mitglied der KPÖ-Führung Franz Honner – aus Moskau kommend – über Črnomelj abgesprungen, um mit der Anwerbung von Freiwilligen zu beginnen. Das Bataillon war Teil der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee und stand ab Jänner 1945 monatelang im Kampfeinsatz. Während das 1. und 3. Freiheitsbataillon von jenen Antifaschisten organisiert wurde, die aus Moskau gekommen waren, wurde das 2., 4. und 5. Bataillon von einer Gruppe österreichischer Politemigranten aus Frankreich und Belgien vorbereitet. Die fünf Freiheitsbataillone waren die einzigen bewaffneten österreichischen Formationen, die auf Seiten der Alliierten gegen den Hitlerfaschismus kämpften. Im Bild der Empfang des 2. Bataillons am 15. Mai 1945 in der Wiener Hofburg.

DÖW



Landeskomitee der Österreichischen Freiheitsfront

Franz Honner begann in Slowenien nicht nur mit den militärischen Vorbereitungen für die Formierung eines österreichischen Bataillons, sondern auch mit der politischen Arbeit zur Organisation des Widerstands auf österreichischem Boden. Er knüpfte Kontakte zu Vertretern der Revolutionären Sozialisten und der Christlichsozialen und schuf gemeinsam mit dem späteren steirischen Landesrat Fritz Matzner (SPÖ), dem Kärntner Landesleiter der RS Erwin Scharf und dem katholischen Rechtsanwalt Otto Zhuber, dem ehemaligen Bürgermeister von Völkermarkt, ein „Landeskomitee der Österreichischen Freiheitsfront für Steiermark und Kärnten“. Dieses trat im Dezember 1944 mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem die Bevölkerung zum „aktiven, rücksichtslosen Kampf gegen das Nazi-Barbarentum“ aufgerufen wurde.

Zentrales Parteiarchiv der KPÖ

der aus Bad Aussee stammende Sozialdemokrat Albrecht Gaiswinkler mit drei weiteren Österreichern am 8. April 1945 von den Briten per Fallschirm im Höllengebirge bei Ebensee abgesetzt wurde und diese sich nach Aussee durchschlugen.

Die Dokumentenedition wird abgerundet durch drei Themenbereiche, welche die antifaschistischen Aktivitäten von Steirern in den österreichischen Freiheitsbataillonen in Jugoslawien, im Rahmen von Kampfeinsätzen bei den Alliierten bzw. im Spanischen Bürgerkrieg betreffen. Das 1. Freiheitsbataillon, das im November 1944 im Verband der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee gegründet wurde, bestand zu über 40 Prozent aus Steirern. Eine seiner beiden Kompanien wurde vom Steirer Anton Schober befehligt. Zahlreiche Steirer kämpften auch in den Reihen der alliierten Armeen und meldeten sich für Spezialeinsätze. Sie gehörten Partisaneneinheiten an oder sprangen als Fallschirmagenten hinter den Fronten – u. a. auch in der Steiermark – ab, um so vor allem in der Endphase des NS-Regimes Kontakte zu lokalen NS-Gegnern aufzubauen. Ein besonderes Kapitel der Geschichte des Widerstands der steirischen ArbeiterInnenbewegung ist die Teilnahme von 172 Steirern und zwei Steirerinnen am Spanischen Bürgerkrieg. Sie gehörten zu den über 35.000 Freiwilligen aus 53 Ländern, welche die im Februar 1936 gewählte spanische Volksfrontregierung im Bürgerkrieg gegen die putschistischen Generale unter Francisco Franco unterstützten.

Resümee

Bislang konnten für ganz Österreich die Namen von rund 8.200 Menschen ermittelt werden, die in den Jahren der NS-Diktatur als Opfer politischer Verfolgung hingerichtet oder ermordet wurden bzw. infolge der Verfolgungen ums Leben kamen, wobei nach derzeitigem Stand mehr als

3.600 Männer und Frauen als politische GegnerInnen im engeren Sinn ums Leben kamen. Für die Steiermark sind rund 600 Opfer ausgewiesen.

Aufzeichnungen des Gefangenenhauses beim Paulustor, wo auch die Gestapo in Graz ihren Sitz hatte, zeigen, dass hier zwischen dem 12. März 1938 und Kriegsende insgesamt 46.730 Personen von der Gestapo sowie anderen Dienststellen eingeliefert wurden. Unter diesen befanden sich 24.136 politische Häftlinge, die in der Folge teilweise den nationalsozialistischen Gerichten übergeben oder in Konzentrationslager überstellt wurden. Wie hoch der Anteil von SteirerInnen war, die den Gerichten wegen Delikten wie „Vorbereitung zum Hochverrat“, „Landesverrat“ und „Wehrkraftzersetzung“ übergeben wurden, zeigt eine Auswertung der Akten des Volksgerichtshofs bzw. des Oberlandesgerichts Wien. So waren Prozesse gegen Personen, die wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt und bei denen die Steiermark als „Tatort“ von Widerstandshandlungen genannt wurden, nach Wien (das während der NS-Zeit fast doppelt so viele EinwohnerInnen hatte wie die Steiermark) am zweithäufigsten, nämlich 30 % aller Verfahren am Volksgerichtshof (Wien 35,9 %) und 26,4 % aller Verfahren am Oberlandesgericht (Wien 31,4 %).

Von den mindestens 452 SteirerInnen, die vor dem Volksgerichtshof standen, wurde gegen 440 wegen „kommunistischer Betätigung“ Anklage erhoben, da sie innerhalb kommunistischer Zellen bzw. im Rahmen der Roten Hilfe oder der „Roten Gewerkschaft“ aktiv waren bzw. sich kommunistisch geäußert hatten. Von diesen 440 Personen wurden 113 zum Tode verurteilt, von denen wiederum bei zwölf die Todesstrafe in eine Zuchthausstrafe umgewandelt wurde. Von den mindestens 852 SteirerInnen, die vor den Politischen Senaten des Oberlandesgerichts Wien bzw. Graz standen, wurden rund 90 % wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ im

Zusammenhang mit kommunistischer Betätigung angeklagt – d. h., sie gehörten den hier vorgestellten Widerstandsgruppen der ArbeiterInnenbewegung zumeist als Mitglieder an bzw. haben Beiträge für die Rote Hilfe gespendet.

Steirer standen zudem wegen kommunistischer Betätigung, der Mitgliedschaft bei den Leobener Partisanen der ÖFF bzw. wegen Sabotage und Anschlägen auf Bahnanlagen vor dem Reichskriegsgericht, wobei mindestens 17 zum Tode verurteilt wurden. Auch vom SS- und Polizeigericht wurden Steirer, die innerhalb der Zellen der „Roten Gewerkschaft“ bei der städtischen Feuerschutzpolizei und den städtischen Polizeibehörden organisiert waren, wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt.

Mindestens 62 der von NS-Gerichten wegen „kommunistischer Betätigung“ zu Kerkerstrafen Verurteilten überlebten die Haft nicht, mindestens sieben weitere wurden während der Verbüßung der Strafhafthaft zum Strafbataillon 999 eingezogen und verloren dort ihr Leben. In den Konzentrationslagern kamen mindestens 109 Männer und Frauen ums Leben, auf dem Heimweg aus den Lagern bzw. Zuchthäusern starben mindestens weitere sieben. Bei der Gestapo bzw. in den Gefängnissen kamen mindestens zehn Personen zu Tode, bevor sie den Gerichten hätten übergeben werden können.

Mindestens 30 starben als Partisanen in der Steiermark oder im 1. Österreichischen Freiheitsbataillon in Slowenien, mindestens 27 weitere tatsächliche oder vermutete UnterstützerInnen der Partisanen wurden vor allem in der Endphase des Regimes erschossen. Zudem wurden mindestens 16 WiderstandskämpferInnen von der Gestapo oder SS in den letzten Tagen der NS-Herrschaft getötet. Hinzu kommen mindestens 40 im Spanischen Bürgerkrieg gefallene oder im Rahmen der späteren Verfolgung ums Leben gekommene Spanienkämpfer aus der Steiermark.

WIR GRATULIEREN

Marko FEINGOLD, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg und mit 105 Jahren der älteste Holocaust-Überlebende Österreichs, wurde das Bundesverdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Waltraud BARTON, Gründerin des Vereins *IM-MER. Initiative Malvine – Maly*

Trostinec erinnern, erhielt das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik. Das vom Verein *IM-MER* initiierte Mahnmahl für die in Maly Trostinec (Weißrussland) ermordeten österreichischen Jüdinnen und Juden soll dort Ende März 2019 eröffnet werden.

Die Historikerin Claudia KURETSIDIS-HAIDER, Mitarbeiterin des DÖW und Ko-Leiterin der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, wurde mit der Rosa-Jochmann-Plakette des Bun-

des Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen ausgezeichnet.

Diese Zeitung ist eine von
1.800 aus dem Leseprogramm von

APA-DeFacto GmbH MEDIENBEOBACHTUNG

1060 WIEN, LAIMGRUBENGASSE 10
TEL.: 01/360 60 - 5123
E-MAIL: defacto@apa.at
INTERNET: <http://www.apa-defacto.at>

DÖW-Neuerscheinung Flucht und Zuflucht

2016 erschienen die Erinnerungen des gebürtigen Wieners Josef Eisinger in englischer Sprache (*Flight and Refuge. Reminiscences of a Motley Youth*). Nun liegen sie – ergänzt durch eine Einleitung der DÖW-MitarbeiterInnen Claudia Kuretsidis-Haider und Christine Schindler – auch auf Deutsch vor.

In die behütete Jugend in einer assimilierten jüdischen Kaufmannsfamilie im Wien der Zwischenkriegszeit bricht jäh die nationalsozialistische Herrschaft ein. Mit 15 Jahren entkommt Josef Eisinger 1939 nach England, wo er sich als Farmarbeiter und Tellerwäscher durchschlägt. Im Laufe des Krieges wird er in verschiedenen englischen und später kanadischen Lagern interniert, in denen Eisinger seine Schulausbildung mit Hilfe erwachsener Kameraden fortführt. Bald wird er in die kanadische Gesellschaft integriert, tritt in die Armee ein und studiert nach Kriegs-



ende Mathematik und Physik. Die Jahre seiner Vertreibung und des Exils in Großbritannien und Kanada, das ihm bald zur Heimat wurde, beschreibt Eisinger in seiner Autobiographie ebenso wie die dramatische Flucht seiner Eltern nach Palästina

Dokumentationsarchiv des
österreichischen Widerstandes (Hrsg.)

Josef Eisinger

Flucht und Zuflucht
Erinnerungen an eine bewegte Jugend

Übersetzung und Lektorat:
Kitty Weinberger, Christine Schindler,
Claudia Kuretsidis-Haider

Wien 2019, 240 Seiten, m. zahlr. Abb.

20,- Euro

und seinen wissenschaftlichen Werdegang in den USA. Es sind Erinnerungen voller Kraft und Abenteuer, ein Plädoyer für Menschlichkeit und Vernunft in Zeiten der Barbarei, aber auch heute.

DÖW-Ausstellung über Ruth Maier (1920–1942) im UN-Besucherzentrum New York

Im Jänner 1939 flüchtete die 18-jährige Wienerin Ruth Maier nach Norwegen, im November 1942 wurde sie gemeinsam mit hunderten norwegischen Jüdinnen und Juden von Oslo nach Auschwitz deportiert und dort am 1. Dezember 1942 ermordet. Ruth Maiers Tagebücher und Briefe sind seit 2014 Teil des UNESCO-Weltdokumentenerbes (*Memory of the World*). Ihr Schicksal wurde zum Symbol der Kollaboration von Teilen der norwegischen Bevölkerung mit den deutschen Besatzern.

Die vom DÖW und vom norwegischen Zentrum für Holocaust- und Minderheitenstudien erstellte Ausstellung, die auch auf das Schicksal der mährisch-österreichischen Familie Ruth Maiers eingeht, wurde vom November 2017 bis Februar 2018 in Wien und vom März bis Anfang Oktober 2018 in Oslo gezeigt. Eine leicht erweiterte Fassung unter dem Titel *Lives Cut Short – Seeking Refuge During the Holocaust: The Short Life of Ruth Maier* war vom 29. Jänner bis 26. Februar 2019 im Besucherzentrum des UNO-Hauptquartiers in New York zu sehen.

Rechts: **Ausstellungseröffnung in New York, 29. 1. 2019** (Foto: Peter Egelseer)

Unten: **Ruth Maier, 1940**
(Foto: HL-senteret)



Die neonazistischen Anklänge der Burschenschaft „Teutonia“

Während das DÖW sich einer pauschalen Bewertung des völkischen Studentenverbindungswesens als rechtsextrem enthält, wurde eine solche Einstufung bei Vorliegen einer entsprechenden Faktenbasis für einzelne Verbindungen wiederholt vorgenommen. Eine Zuordnung zur neonazistischen Spielart des Rechtsextremismus ist damit im Allgemeinen nicht verbunden.

Die Wiener akademische Burschenschaft *Teutonia* wird vom DÖW seit vielen Jahren als rechtsextrem eingestuft. Angesichts der Betätigung dieser Verbindung in den letzten Jahren muss ihr nach Einschätzung des DÖW inzwischen auch eine Nähe zum Neonazismus attestiert werden, die in organisatorischer Hinsicht ebenso zu konstatieren ist wie auch – in Form von „Revisionismus“/NS-Apologie, Revanchismus, Antisemitismus und Rassismus – auf Ebene der Ideologie. Die nachfolgende Aufstellung listet dahingehende Indizien auf. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und beschränkt sich auf den Zeitraum seit 2010.¹

- Kartellbeziehung („Ostdeutsches Kartell“) mit den rechtsextremen bundesdeutschen Verbindungen *Danubia* München und *Raczeks* Bonn
- Mitglied in der rechtsextremen *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* (BG); unter ihrem Vorsitz: Erarbeitung einer 2012 erschienenen BG-Grundsatzschrift, in der „Unterschiede in Fähigkeiten und Verhaltensweisen [...] zwischen Männern und Frauen“ sowie „zwischen Angehörigen verschiedener Rassen“ behauptet und die „Einschränkung der Meinungsfreiheit in bezug auf Ereignisse im sogenannten Dritten Reich“ beklagt werden, „die nach wie vor der objektivhistorischen Aufarbeitung bedürfen“.
- Website: Verlinkungen u. a. zur neonazistischen *Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland* (JLO), der rechtsextremen *National-Zeitung* und dem Apartheids-nostalgischen *Hilfskomitee Südliches Afrika*
- 2010: Flugblatt gegen die „Schandverträge“ von Versailles und St. Germain, einschließlich der Forderung, damit ein-

hergegangene „Gebietsabtretungen“ („Südtirol, Deutschböhmen, Südkärnten, die Südsteiermark, Teile des Burgenlandes, das Elsaß, ganz Ostdeutschland und viele andere Gebiete“) zu „revidieren“

- 2010: Per Aussendung erklärt man, dass das Verhalten des *Teutonen* Jan Ackermeier – er hatte ein rechtsextremes Kadertreffen der JLO in der Steiermark geplant – „im Einklang mit der allgemeinen Bundlinie“ stehe
- 2011: Unterzeichnerin einer „Erklärung zum volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff“, die sich gegen innerburschenschaftliche Bestrebungen richtet, „die Abstammung als notwendige Voraussetzung deutscher Volkszugehörigkeit allgemein oder in Einzelfällen für entbehrlich zu erklären“. Mit dem „Verrat“, dem ein Verzicht auf das Abstammungskriterium gleichkäme, würde sich die „Burschenschaft ihrem inneren Wesen nach selbst auf[geben]“. (*Burschenschaftliche Blätter* 2/2011)
- 2012: *Teutonia*-Flugblatt, das den damaligen Präsidenten der *Israelitischen Kultusgemeinde*, Ariel Muzicant, unter Verwendung antisemitischer Stereotype als den „Mann mit der Halbglatze und den nervösen Händen“ sowie „dicken Brillengläser[n]“ beschreibt; einer Einladung zum WKR-Ball komme Muzicant nicht nach, weil er „eine andere Art von Logen – Freimaurerlogen!“ bevorzuge.
- 2012: Streuzettel gegen „Zecken, linkes Gesocks, Gutmenschen, Egalitarismus, Feminismus und ‚Antifaschismus‘“
- 28. 8. 2012: Via Facebook verbreitetes Flugblatt gegen das in Wien geplante Deserteursdenkmal und die „willfähigen Zersetzer von Volkstum und Nationalbewußtsein, welche momentan in Wien an der Macht sind“
- 26. 10. 2014: Posting eines weiteren Flugblatts gegen das Deserteursdenkmal, dem zufolge nicht näher benannte „Figuren [...] uns [...] an die internationale Hochfinanz [verkauft]“ hätten. „[N]ur wenn unser Volk wieder als gelebte Gemeinschaft auftritt, können wir uns gemeinsam wehren.“
- 23. 4. 2015: Facebook-Like für ein Posting, das Wehrmachtssoldaten („Ziehen ins Kriegsgebiet. Lassen Frau und Kinder in Deutschland“) syrischen Geflüchteten („Ziehen nach Deutschland. Lassen Frau und Kinder im Kriegsgebiet“) positiv gegenüberstellt
- 8. 5. 2015: Facebook-Posting zum Tag der Befreiung vom Nationalsozialis-

mus – „8. Mai 2015 – kein Fest der Freude!“

- 12. 6. 2015: Facebook-Posting, in welchem *Teutonia* sich selbst als „ungebeugt, unbeirrt und unbelehrbar“ bezeichnet
- 21. 6. 2015: Facebook-Share eines Sujets zur Sommersonnenwende, das auf einer nationalsozialistischen Postkarte basiert (unter Aussparung des im Original enthaltenen Hitler-Zitats)
- 10. 7. 2015: Facebook-Share eines Postings, das anlässlich der Aufpflanzung einer Regenbogenfahne vor dem Leipziger Rathaus für ein „[t]raditionelles Familienbild“ eintritt und „Vernunft statt Entartung!“ fordert
- 22. 1. 2016: *Teutonia* richtet via Facebook einem neuen Mitarbeiter der Rechtsextremismusabteilung des DÖW aus, „[w]ir werden jedenfalls gewissenhaft dafür Sorge tragen, dass Sie ausreichend zu tun haben!“
- 2016: Revanchistischer Artikel des *Teutonen* Michael Demanega in den *Burschenschaftlichen Blättern* 4/2016: „Die Sezession Südtirols ist und bleibt [...] alternativlos.“
- 8. 5. 2017: Wiederholung des Facebook-Postings zum Tag der Befreiung 2015 („8. Mai – kein Fest der Freude!“)
- 21. 9. 2017: Facebook-Share des 1942 für den damaligen Tiroler Gauleiter komponierten „Tiroler Standschützenmarsches“ nebst Bitte um „ein ‚Gefällt mir‘, wenn auch Dir die Selbstzersetzungspropaganda der Veröffentlichung [sic!] am Allerwertesten vorbei geht! Heil Tirol!“
- 2018: Artikel von Michael Demanega in der rechtsextremen *Info-DIREKT* 22/2018, wonach sich in Südtirol „die Gesamtsituation zuspitzen und dramatisieren“ müsse; eine Doppelstaatsbürgerschaft würde Italien das Vorgehen gegen Südtirol erschweren, „[s]ollte sich die politische Lage in Italien in absehbarer Zeit verschärfen“.
- 3. 2. 2019: Facebook-Posting, das Österreicher als „Ostmärker“ bezeichnet und einen Liedtext teilt, in dem die „Odalrune auf blutrotem Tuche“ (vgl. die Fahne der neonazistischen, 1994 verbotene *Wiking-Jugend*) besungen wird

1 Für frühere Ereignisse siehe den Grundsatzartikel von Andreas Peham „Durch Reinheit zur Einheit“ auf der Website des DÖW (www.doew.at) zu antisemitischen und nationalsozialistischen Bezügen im völkischen Verbindungsleben in Österreich.

2 Eine Charakteristik von *Info-DIREKT* sowie u. a. Informationen zu Inhalten, Aktivitäten und Personalien siehe auf der Website des DÖW: www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen.

**Netzl, Gerald: Niemals vergessen!
Bund Sozialdemokratischer
FreiheitskämpferInnen, Opfer des
Faschismus und aktiver
AntifaschistInnen 1949–2019.
Wien: ÖGB Verlag 2019. 232 S.**

Der Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen begeht das Jubiläum seines 70-jährigen Bestandes. Aus diesem Anlass zieht der Bund mit der Vorlage einer umfangreichen Organisationsgeschichte Bilanz über seine bisherigen Aktivitäten. Die Gründergeneration rekrutierte sich aus dem Kreis sozialistischer WiderstandskämpferInnen gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus – mittlerweile übernahmen nachfolgende Generationen die Erinnerungskultur und das leider noch immer notwendige Engagement gegen aktuelle Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Geschichtsrevisionismus.

Die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen gaben durch ihre persönlichen Lebensgeschichten Zeitzugenschaft für die Barbarei des Faschismus und waren in der Erinnerungsarbeit unersetzbar moralische Instanzen. Zu diesem Aufgabenbereich zählt auch die Aufmerksamkeit für die Pflege von Gedenkorten und -stätten. Gemeinsam mit den anderen Opferverbänden fiel dem Bund im ständigen Bemühen um die Verbesserung der Opferfürsorge eine wichtige sozialpolitische Funktion zu. Als Teil der Sozialdemokratie war der Bund ein mahnendes Gewissen innerhalb der SPÖ; umso wichtiger wurde diese Stimme immer dann, wenn das unkritische Buhlen um ehemalige Nationalsozialisten die Oberhand zu gewinnen drohte. Auch bei allen Auseinandersetzungen mit dem Neonazismus in verschiedenen Perioden der Zweiten Republik waren die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen stets zur Stelle. Viele großartige und unvergessene Persönlichkeiten bestimmten und repräsentierten die Politik des Bundes – stellvertretend seien hier Rosa Jochmann, die von 1949 bis zu ihrem Tod 1994 den Vorsitz führte, und Rudi Gelbard genannt.

Das *Niemals vergessen!* bleibt nach wie vor aktuell und ist auch die Triebkraft der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen bei allen Aktivitäten, da nur mit gesichertem historischen Bewusstsein neue Tendenzen der Gefährdung von

Demokratie erkannt und erfolgreich bekämpft werden können.

Der Jubiläumsband wird von einem dokumentarischen, reich illustrierten Teil von Originaltexten und Faksimiles aus der Zeitung *Der sozialdemokratische Kämpfer* geprägt, die ein anschauliches und authentisches Bild der vielseitigen Tätigkeit vermitteln. Dazwischen sind erläuternde historische Exkurse eingeschoben und der Schlussteil ist der Präsentation der einzelnen Landesverbände des Bundes vorbehalten.

Heimo Gruber

**Lipstadt, Deborah: Der neue
Antisemitismus. München:
Berlin-Verlag 2018. 304 S.**

Wenn von dem „neuen Antisemitismus“ die Rede ist, stellt sich die Frage, was jeweils neu sein soll: Geht es um eine neue Aktualität, eine neue Form, eine neue Trägerschaft? Eine klare und systematische Antwort findet man auch nicht in Deborah Lipstadts Buch *Der neue Antisemitismus*. Der Historikerin, die durch den Prozess um den Holocaust-Leugner David Irving weit über Fachgrenzen hinaus bekannt geworden ist, geht es um etwas anderes; sie will das brisante Thema für ein größeres Publikum vermitteln. Dazu wählt sie eine ungewöhnliche Methode, denn die einzelnen Kapitel bestehen aus einer fiktiven E-Mail-Kommunikation, die sie mit den beiden ebenso fiktiven Studierenden Abigail und Joe führt. Ihnen legt Lipstadt Eindrücke und Fragen in den Mund bzw. in die Tastatur, womit sie selbst wohl regelmäßig inner- und außerhalb der Hochschule konfrontiert wird. An diese Art der Erörterung muss man sich allerdings gewöhnen.

Bereits auf den ersten Seiten macht die Verfasserin auf Wichtiges aufmerksam: Der Antisemitismus ist nicht nur eine Angelegenheit für bedrohte Juden und Jüdinnen, Judenfeindschaft gefährdet immer auch ganz allgemein eine pluralistische Gesellschaft. Danach folgen die fiktiven Dialoge, die sich zunächst auf die Problematik beziehen, etwas Absurdes doch irgendwie rational erklären zu wollen. Antisemitismus definiert Lipstadt wie folgt: Er „ist nicht Hass auf Menschen, die zufällig Juden sind. Er ist Hass auf sie, weil sie Juden sind“ (S. 34). Dass derartige Auffassungen in unterschiedlicher Form vorgetragen werden können, macht

dann die anschließende Typologie deutlich. Lipstadt unterscheidet „den Extremisten, den antisemitischen Steigbügelhalter, den Salon-Antisemiten und den ahnungslosen Antisemiten“ (S. 100), wobei die Grenzen fließend seien. Erläutert wird dies auch anhand prominenter Politiker, wozu hier Jeremy Corbyn und Donald Trump gehören. Die Autorin argumentiert demnach nicht abstrakt, sondern bringt für alles ausführlich Fallbeispiele.

So geht es dann auch weiter, wobei Antisemitismus und Rassismus ins Verhältnis gesetzt oder die besondere Opferperspektive thematisiert werden. Letzteres meint die weit verbreitete Auffassung, dass Juden – „in ihrer Mehrheit weiße, privilegierte Mitglieder einer Elite“ – eben „unmöglich als Opfer angesehen werden“ (S. 122), was sie aber sehr wohl sein können. Eher knapp behandelt Lipstadt dann die Ignoranz gegenüber einer islamistisch geprägten Judenfeindschaft und die Kontinuität der Holocaust-Leugnung, auch bezogen auf eine abgeschwächte Form der Täter-Opfer-Umkehr.

Besondere Aufmerksamkeit widmet sie danach dem Antisemitismus an Hochschulen, welcher häufig im Gewand der „Israelkritik“ von sich progressiv gebenden Intellektuellen vorgetragen werde. Dabei geht Lipstadt auch ausführlich auf die Boykott-Forderungen der BDS-Kampagne im universitären Kontext ein. Ausdrücklich betont sie: „Doch linker Antisemitismus hält sich hartnäckig.“ (S. 229) Das Buch endet mit einer wenig beruhigenden Gesamteinschätzung.

Man hat es mit einem Blick auf den Inhalt nicht im engeren Sinne mit einem wissenschaftlichen Werk zu tun. Zwar werden alle Informationen und Zitate auch nachgewiesen, aber es gibt keine entwickelten Fragestellungen und klaren Strukturierungen. Gleichwohl verdient das Buch aus unterschiedlichen Gründen besonderes Interesse: Es kann als eine Einführung in das Thema gerade für junge AkademikerInnen dienen, und es liefert viele Einzelinformationen aus dem englischsprachigen Raum. Darüber hinaus nimmt die Autorin differenzierte Einschätzung vor, wofür etwa folgende Erörterung steht: „Ist Jeremy Corbyn ein Antisemit? Ich würde antworten, dass das die falsche Frage ist. Die richtigen Fragen lauten: Hat er Bekundungen von Antisemitismus ermöglicht und ihre Reichweite erhöht. [...] Werden es seine Handlungen erleichtern, dass sich Antisemitismus im progressiven Lager institutionalisiert?“ (S. 87) Dies macht

exemplarisch deutlich, dass das Buch sowohl für EinsteigerInnen wie für KennerInnen viele anregende Reflexionen enthält. **Armin Pfahl-Traugher**

Grimm, Marc, Bodo Kahmann (Hrsg.): Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror. Berlin: De Gruyter 2018. 446 S.

Antisemitismus ist auch in der Gegenwart ein Übel, nicht nur in der Vergangenheit. Diese Auffassung muss man den jeweils Betroffenen nicht vermitteln, aber schon der breiteren Öffentlichkeit. Einen Beitrag dazu leistet der Sammelband *Antisemitismus im 21. Jahrhundert*, der von den beiden Sozialwissenschaftlern Marc Grimm und Bodo Kahmann herausgegeben wurde. Um Missverständnisse hinsichtlich des Titels zu vermeiden, bedarf es vorab hinsichtlich des Inhalts zweier Klarstellungen: Es geht darin um den modernen und neueren Antisemitismus, wobei aber die Frage des inhaltlich oder zeitlich Neuen nicht systematisch erörtert wird. Und: Es werden trotz 18 unterschiedlichen Aufsätzen nicht alle Formen der gegenwärtigen Judenfeindschaft behandelt. Vielmehr nehmen die AutorInnen und Herausgeber eine Schwerpunktsetzung vor. In vier Hauptkapiteln ergeben sich inhaltliche Konzentrationen, ohne jeweils Vollständigkeit zu beanspruchen.

Zunächst geht es um Ausführungen zu Definitionen des Antisemitismus in der Geschichte bis in die Gegenwart, eine Deutung von „Israelkritik“ als möglicherweise verstecktes Ressentiment, das Antisemitismus- und Sexismus-Verhältnis und die Frage eines möglichen Porajmos- und Shoah-Vergleichs. Bei dem erstgenannten Beitrag wird auch die breiter akzeptierte Arbeitsdefinition der EU angesprochen, indessen ohne die daran geübte Kritik zu thematisieren. Der Aufsatz zur Frage des Vergleichs zum Massenmord an Juden und Sinti und Roma betont zutreffend, dass damit keine Gleichsetzung verbunden sein muss. Den Aufsätzen zu theoretischen Überlegungen folgen dann Beiträge zum islamischen Antisemitismus, wobei die Ergebnisse der empirischen Forschung, Versäumnisse der Forschung in Deutschland, die verschwörungsideologischen Auffassungen im Islamismus, die Judenfeindlichkeit südasiatischer Muslime und die Holocaustleugnung im Iran thematisiert werden. Deutlich zeigen sich Lücken in der Forschung wie politische „Fallstricke“.

Danach geht es um den Antisemitismus in der öffentlichen Kommunikation, wobei die Abwehr der Antisemitismuskritik am Beispiel von Günter Grass, antiisraelische Schuldprojektionen in Leserkommentaren von *Guardian* und *Zeit*, antisemitische Argumentationsmuster in der deutschsprachigen Medienberichterstattung über Israel, mediale Judenbilder in Karikaturen in gegenwärtigen Printmedien und das Bild vom „rechtsbrechenden Juden“ bei der Beschneidungsdebatte 2012 thematisiert werden. Hier fällt der Blick auf die Mehrheitsgesellschaft und nicht nur auf Randbereiche. Und schließlich findet der Antisemitismus in politischen Bewegungen gesondertes Interesse. Dabei geht es um Maßnahmen der EU gegen Antisemitismus, Konspirationsvorstellungen bei

den Mahnwachen für den Frieden, um Russlands Kontakte zu rechten und antisemitischen Parteien in Europa und die antiisraelischen Aktivitäten von Studierenden an US-amerikanischen Universitäten. Letzteres nimmt demnach auch Entwicklungen in anderen Ländern ins Visier. Alle Beiträge stammen von guten KennerInnen der Materie und verdienen Beachtung für Kontroversen und Reflexionen. Bei der doch sehr vehementen Kritik am Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin hätte man sich doch eine Stellungnahme von dortigen Mitarbeitern gewünscht, wirkt dies ansonsten als etwas einseitiges Bashing an der Forschungskonkurrenz. Auch kann man bei manchen anderen Beiträgen immer begründet andere Deutungen in Detailfragen

OPERNBALL

Nach dem gleichnamigen Roman von Josef Haslinger

DÖW-Kooperation: Theater mit Publikumsgesprächen

Bühnenfassung von Alexander Charim und Heike Müller-Merten

Regie: Alexander Charim

Ein Giftgasanschlag trifft die Gäste des Wiener Opernballs. Der renommierte Fernsehjournalist und Kriegsreporter Kurt Fraser koordiniert die Live-Übertragungen aus den Ballsälen und wird Zeuge des qualvollen Sterbens Tausender Menschen. Unter den Opfern ist sein Sohn – und fast die gesamte österreichische Regierung. Fraser beginnt zu recherchieren und findet den einzigen Überlebenden der rechtsextremen Terrorzelle. Dieser bestätigt die Verbindungen in höchste Regierungskreise und damit Frasers Verdacht.

Alexander CHARIM, 1981 in Wien geboren, bringt Josef Haslingers verstörend hochaktuellen Politthriller aus dem Jahr 1995 zur Uraufführung. Alexander Charim inszeniert an Schauspielhäusern und Opernbühnen in Österreich, der Schweiz und Deutschland.

Der in Wien und Leipzig lebende österreichische Schriftsteller Josef HASLINGER (geb. 5. Juli 1955 in Zwettl, Niederösterreich) ist mit seinen gesellschaftskritischen Romanen weit über die Grenzen Österreichs bekannt. Sein Politthriller *Opernball* wurde 1998 mit internationaler Besetzung verfilmt.

Publikumsgespräche anschließend an die Vorstellung:

Freitag, 12. April 2019

Der rechte Terror und die Geheimdienste mit Thomas RIEGLER, Historiker

Mittwoch, 15. Mai 2019

Männerbünde im Rechtsextremismus mit Judith GOETZ, Rechtsextremismusexpertin

Ort: Volx/Margareten, Margaretenstraße 166, 1050 Wien

Informationen zu weiteren Aufführungen: www.volkstheater.at/stueck/opernball/

vornehmen, das macht aber gerade den Reiz von Wissenschaftskontroversen aus. Alle Beiträge verdienen aufgrund von Darstellungen und Einschätzungen entsprechendes Interesse. So werden etwa empirische Daten zur Judenfeindschaft unter Muslimen präsentiert, womit vergleichende Betrachtungen für verschiedene europäische Länder möglich werden. Man findet aber auch interessante Erklärungsansätze, etwa für die Israelfeindschaft unter linken StudentInnen in den USA. Insofern hat man es mit einem anregenden und informativen Sammelband zu tun.

Armin Pfahl-Traughber

Deutschkron, Inge: Auschwitz war nur ein Wort: Berichte über den Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963–1965. Aus dem Englischen übertragen und herausgegeben von Beate Kosmala, Berlin: Metropol-Verlag 2018. 328 S.

Heute ist Auschwitz mehr als nur ein Wort. Inge Deutschkron, inzwischen hochbetagt und vielen LeserInnen als Verfasserin einer der ersten bewegenden Biographien *Ich trug den gelben Stern* und des daraus entstandenen Erfolgsstücks des Berliner Grips-Theaters *Ab morgen heißt du Sara* bekannt, hat endlich der Veröffentlichung ihrer zahlreichen Artikel über den Auschwitz-Prozess zugestimmt, die oftmals noch am Abend unmittelbar nach der Gerichtsverhandlung erschienen sind. Gemeinsam mit Axel Eggebrecht gehörte sie zu den damaligen JournalistInnen, die – noch ganz unter dem Eindruck des Erfahrenen stehend – kontinuierlich berichteten. Inzwischen liegen Editionen, Berichte und Tondokumente vor. Die Prozessunterlagen und Tondokumente gehören zum UNSECO-Welterinnerungs-erbe und stehen so neben Beethovens 9. Symphonie.

Über den Auschwitz-Prozess ist seit den 1980er-Jahren viel geschrieben worden. Dennoch sind die jetzt publizierten und hervorragend von der Herausgeberin aus dem Englischen übersetzten Berichte aus dem Zeitraum 1963 bis 1965 besonders bemerkenswert. Denn sie lenken den Blick auf Zeugenaussagen und auf das Verhalten der Angeklagten, die oftmals geradezu unverschämt auf die Aussagen der ZeugInnen reagierten. Darüber hinausgehend machen die etwa 100 Artikel deutlich, wie sich im Zuge des Verfahrens die Kenntnisse und mit ihnen dann im Laufe vieler Monate auch die Bewertung dieses

Verfahrens veränderte, von dem die deutsche Gesellschaft zunächst widerwillig Kenntnis nahm. Dabei zeigte sich, dass es nicht das Verfahren selbst war, das den Wandel bewirkte, sondern die unmittelbare Konfrontation mit den Zeugnissen der Menschen, die der Willkür der in Auschwitz wütenden Angeklagten ausgeliefert waren.

Inge Deutschkron, die 2018 Ehrenbürgerin der Stadt Berlin wurde, in der sie untergetaucht mit ihrer Mutter knapp überlebte, war seit den 1960er-Jahren eine der wichtigsten JournalistInnen. Bemerkenswert ist, wie es ihr in den Artikeln, die in ihrem Vorlass aufgespürt wurden, gelingt, den zeitursprünglichen Eindruck des Wahrgenommenen zu vermitteln. In den zunächst englischsprachigen Prozessberichten springt der Leser unmittelbar in die „Mitte“ des Verfahrens. Deutschkron wird zur tagesaktuellen Chronistin und entgeht dadurch der Gefahr der HistorikerInnen, alles vom Ende des Prozesses zu deuten. Abend für Abend schrieb sie ihre Eindrücke nieder und ermöglicht uns nach vielen Jahrzehnten, die Dramatik wiederum Sitzungstag für Sitzungstag zu verfolgen. Dadurch werden wir als Nachlebende zu ZeitzeugInnen dieser Zeitzeugin, die wiederum bezeugt, was während der Gerichtsverhandlungen ans Licht kam. Noch einmal wird deutlich, dass das Verfahren ebenso wie durch den Generalstaatsanwalt Fritz Bauer durch Zeugenaussagen geprägt wurde. Deshalb veränderte der Auschwitz-Prozess die deutsche Gesellschaft. Es ist ein bewegendes Dokument, weil auch deutlich wird, wie sich die Konfrontation mit dem Schrecken, aber auch mit den Angeklagten selbst bei einer der klarsichtigsten JournalistInnen auswirkte.

Das Resümee fasst das Ereignis der sich über Jahre erstreckenden Pein des Beobachtens ebenso kurz wie entschieden und damit klar zusammen: „Am Anfang des Strafverfahrens hatten die Zeugenaussagen so unglaublich geklungen und die geschilderten Zustände des Maß des Erträglichen so sehr überschritten, dass eine lange Phase notwendig wurde, in der das Gericht allmählich verstehen musste, was Auschwitz in allen Einzelheiten bedeutet hatte.“ Und was für das Gericht galt, galt auch für die Gesellschaft – bis heute und immer wieder. Und für den Einzelnen, der politischen Umdeutungen der Vergangenheit ausgeliefert ist und sich den Geschichtsklitterungen rechter Populisten widersetzen muss. Eines wird deutlich: Ein „Vogelschiss“, wie der rechtspopulistische Politiker der AfD Gauland artikuliert, waren die Jahre des „Dritten Reiches“ nicht. Auschwitz ist auch nicht allein aus Fremden- und Rassenhass zu erklären, der augenblicklich erstarkt. Sondern es geht um vieles mehr: Um Sadismus, um Macht, um staatlich legitimierte Entfesselung von Gewalt, die Sadisten das Gefühl vermittelte, Menschen vernichten zu dürfen. Auschwitz war kein System industriemäßig betriebener Tötung allein, es brauchte den Schrecken, den Terror, die Entfesselung – das von den Angeklagten immer wieder beschworene Argument des Befehlsgehorsams brach in sich zusammen und ermöglichte ein Strafverfahren, das Maßstäbe setzte und weiterhin setzen wird. Denn Adorno hatte Recht, als er schrieb: „Auschwitz war nicht, Auschwitz ist“. So lenkte er den Blick auf die Gegenwärtigkeit von Erinnerungen, die die ZeugInnen vor Gericht in eine spätere, in unsere Zeit rückten.

Peter Steinbach

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Verein „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8. Vereinsvorstand: Präsident: BM a. D. Rudolf Edlinger. Vizepräsidenten: Albert Dlabaja, KR Dr. Gerhard Kastelic, Dkfm. Dr. Claus J. Raidl. Kassierin: Univ.-Doz. Dr. Brigitte Bailer. Kassier-Stv.: MR PD Dr. Helmut Wahnout. Weitere Mitglieder: Sr. Dr. Edith Beinbauer, Univ.-Prof. Dr. Ernst Berger, Präs. der IKG Oskar Deutsch, Obersensatsrat Univ.-Prof. Dr. Hubert Christian Ehalt, MMag. Markus Figl, DDr. Barbara Glück, Univ.-Prof. Dr. Gabriella Hauch, Präs. d. VwGH Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens Jabloner, RA Dr. Heinrich Keller, Mag. Hannah Lessing, Willi Mernyi, Dr. Ariel Muzicant, Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, Assoz.-Prof. Dr. Bertrand Perz, Dr. Gerhard Schmid, Bezirksvorsteher i. R. Dr. Richard Schmitz, OSR Dr. Kurt Scholz, Mag. Terezija Stoisits, MR Mag. Manfred Wirtsch. Wissenschaftlicher Leiter: Dr. Gerhard Baumgartner. Kontrolle: Mag. Eva Blimlinger, Helma Straszniczyk, Peter Weidner.

Richtung: Verbreitung von Informationen im Sinne der Grundsatzklärung des DÖW von 1963: „Das Archiv soll vor allem durch dokumentarische Beweise der zeitgeschichtlichen Erziehung der Jugend dienen. Sie soll mit den schrecklichen Folgen des Verlustes der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs sowie mit dem heldenhaften Kampf der Widerstandskämpfer bekannt gemacht werden. Das Archiv soll als bleibende Dokumentation verwahrt werden.“

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit: Heimo Gruber, Heimo Halbrainer, Eva Kriss, Claudia Kuretsidis-Haider, Manfred Mugrauer, Andreas Peham, Armin Pfahl-Traughber, Christine Schindler, Peter Steinbach, Bernhard Weidinger.

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien; Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mittertutzner, Tel. 22 89 469/322, e-mail: christa.mehany@doew.at; Sekretariat, Tel. 22 89 469/319, e-mail: office@doew.at; web: www.doew.at).

Ich bestelle folgende Publikationen:

Kombiangebot

Gedenken und Mahnen in Wien, Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998

und

Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I, Wien 2001.
€ 13,- (statt € 15,-)

... Stück

Institut Theresienstädter Initiative/DÖW (Hrsg.) **Theresienstädter Gedenkbuch**. Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, 702 S., € 29,-

... Stück

Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran**, Wien 2003, 112 S., € 5,-

... Stück

DÖW, **Katalog zur permanenten Ausstellung**. Wien 2006, 207 S., 160 Abb., € 24,50

... Stück

DÖW, **Catalog to the Permanent Exhibition**, Wien 2006, 95 S., über 100 Abb., € 14,50

... Stück

Martin Niklas, „... die schönste Stadt der Welt“. **Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt**. Wien 2009, 232 S., € 19,90

... Stück

Forschungen zum Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen in Österreich. Festschrift für Brigitte Bailer, hrsg. vom DÖW, Wien 2012, 420 S., € 19,50

... Stück

Barry McLoughlin / Josef Vogl, „... Ein Paragraf wird sich finden“. **Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer (bis 1945)**, hrsg. v. DÖW, Wien 2013, 622 S., € 24,50

... Stück

Florian Freund, **Die Toten von Ebensee**. Analyse und Dokumentation der im KZ Ebensee umgekommenen Häftlinge 1943–1945, Braintrust, Verlag für Weiterbildung 2010, 444 S., € 29,-

... Stück

Wolfgang Neugebauer, **The Austrian Resistance 1938–1945**, Edition Steinbauer 2014, 336 S., € 22,50

... Stück

Rudolf Agstner / Gertrude Enderle-Burcel / Michaela Follner, **Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky**. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009, 630 S., € 29,90

... Stück

Heinz Arnberger / Claudia Kuretsidis-Haider (Hrsg.), **Gedenken und Mahnen in Niederösterreich**. Erinnerungszeichen zu Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung, Mandelbaum Verlag 2011, 712 S., Ladenpr. € 39,90

... Stück

Wolfgang Neugebauer, **Der österreichische Widerstand 1938–1945**, überarb. u. erw. Fassung, Edition Steinbauer 2015, 351 S., € 22,50

... Stück

Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien, Jahrbuch 2016, hrsg. v. DÖW, Wien 2016, 412 S., € 19,50

... Stück

80 Jahre Internationale Brigaden. Neue Forschungen über österreichische Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg, hrsg. v. DÖW u. Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik 1936–1939 und der Freunde des demokratischen Spanien, Wien 2016, 157 S., € 12,50

... Stück

Wieder erhältlich: Jakob Rosenberg / Georg Spitaler, **Grün-weiß unterm Hakenkreuz**. Der Sportklub Rapid im Nationalsozialismus, hrsg. v. SK Rapid und DÖW, Wien 2011, 303 S., EUR 18,99

... Stück

„Vor unserem Herrgott gibt es kein unwertes Leben“. Die Predigt von Diözesanbischof Michael Memelauer bei der Silvesterandacht am 31. Dezember 1941 im Dom zu St. Pölten, hrsg. v. DÖW u. Diözesanarchiv St. Pölten, St. Pölten 2017, 42 S., € 5,-

... Stück

Österreichische Ärzte und Ärztinnen im Nationalsozialismus, Jahrbuch 2017, hrsg. v. Herwig Czech u. Paul Weindling im Auftrag des DÖW, Wien 2017, 303 S., € 19,50

... Stück

Zeithistoriker – Archivar – Aufklärer. Festschrift für Winfried R. Garscha, hrsg. v. Claudia Kuretsidis-Haider u. Christine Schindler im Auftrag des DÖW u. der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Wien 2017, 500 S., € 19,50

... Stück

Claudia Kuretsidis-Haider, **Österreichische Pensionen für jüdische Vertriebene**. Die Rechtsanwaltskanzlei Ebner: Akteure – Netzwerke – Akten, hrsg. v. DÖW, Wien 2017, 319 S., € 19,50

... Stück

Forschungen zu Vertreibung und Holocaust, Jahrbuch 2018, hrsg. v. DÖW, Wien 2018, 382 S., € 19,50

... Stück

Herwig Czech / Wolfgang Neugebauer / Peter Schwarz, **Der Krieg gegen die „Minderwertigen“**. Zur Geschichte der NS-Medizin in Wien / **The War against the „Inferior.“** On the History of Nazi Medicine in Vienna. Katalog zur Ausstellung in der Gedenkstätte Steinhof im Otto-Wagner-Spital der Stadt Wien. Mit Beitr. v. Michael Hubenstorf und Brigitte Rigele, hrsg. v. DÖW, Wien 2018, 243 S., € 25,-

... Stück

Josef Eisinger, **Flucht und Zuflucht**. Erinnerungen an eine bewegte Jugend, hrsg. v. DÖW, Wien 2019, 240 S., € 20,-

... Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 22 89 469/319.

**Österreichische Post AG/
Sponsoring.Post**

Zulassungs-Nr.
02Z031276 S

Verlagspostamt
1010 Wien